

Rede des Bundestagsabgeordneten MARCO BUSCHMANN

25.02.2011 im Deutschen Bundestag

Beratung des Antrags „Geschlechtergerechte Besetzung von Führungspositionen der Wirtschaft“

Marco Buschmann (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns in der Tat wieder mit einem wichtigen gesellschaftspolitischen Thema. Hier im Plenum eint uns alle natürlich das Ziel, dass Frauen die gleichen Karrierechancen haben wie Männer.

(Zuruf von der SPD: Das bezweifeln wir!)

Worum geht es? Es geht darum, dass Sie zum wiederholten Male ein untaugliches Mittel in einer besonders unverhältnismäßigen Art und Weise vorschlagen.

(Elke Ferner [SPD]: Was ist unverhältnismäßig? Was ist denn verhältnismäßig an 90 Prozent Männer?)

Das wird deutlich, wenn man Ihren konkreten Vorschlag kurz beschreibt. Sie schlagen eine Zwangsquote von 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände für sämtliche Gesellschaften vor, die in der Rechtsform der Aktiengesellschaft organisiert sind oder der Mitbestimmung unterliegen.

(Christel Humme [SPD]: Das hat Norwegen auch geschafft! Da spielt die Musik!)

Eine Differenzierung nach Börsennotierung, wie sie auch andere Fraktionen anstreben, die durchaus für die Quote sind, sehen Sie nicht vor. Das Modell ist so undifferenziert, beispiellos und mittelstandsfeindlich,

(Caren Marks [SPD]: Wenn Frauen führen, ist das mittelstandsfeindlich, oder was?)

dass nicht einmal Anhänger der Quote es unterschreiben würden. Das möchte ich mit einigen Hinweisen auf die Lebenswirklichkeit belegen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Buschmann, Frau Kollegin Deligöz würde gerne eine Zwischenfrage stellen. Sie haben zwar gerade erst begonnen, aber bitte schön.

(Elke Ferner [SPD]: Schon jetzt unerträglich, Herr Präsident!)

Marco Buschmann (FDP):

Ja, bitte.

Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Buschmann, Sie haben das Instrument als unqualifiziert bezeichnet.

Marco Buschmann (FDP):

Nein, das war nicht mein Wortlaut.

Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich habe das so verstanden.

Marco Buschmann (FDP):

Nein, ich habe „untauglich“ und „unverhältnismäßig“ gesagt.

Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Dann habe ich das wohl wie die Kollegen rechts und links neben mir anscheinend auch, wie Sie hören, total falsch verstanden.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Er hat „untauglich“ gesagt!)

– Ich korrigiere also: untauglich. In den letzten Tagen konnte man den Medien entnehmen, dass es eine Gruppe von FDP-Frauen gibt, die auch innerhalb der FDP eine Quote verlangen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Heißt das, dass Sie das Instrument auch innerhalb Ihrer Partei als untauglich qualifizieren,

(Elke Ferner [SPD]: Na klar, es geht doch um seinen Job!)

und bedeutet das, dass Sie Ihre Rede auch auf Ihrem Parteitag halten werden?

(Beifall der Abg. Gabriele Fograscher [SPD])

Marco Buschmann (FDP):

Die Frage beantworte ich sehr gerne. Wie Sie der Berichterstattung entnommen haben, bezieht sich der Vorschlag der Kolleginnen eben nicht auf das Thema des heutigen Tages, eine Quotenregelung für die Leitungsorgane von Unternehmen, sondern einzig und allein auf unsere parteiinternen Gremien. Im Gegenteil: Die liberalen Frauen haben sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen, Quoten für Unternehmen vorzuschreiben.

(Rita Pawelski [CDU/CSU]: Aber nicht alle!

- Elke Ferner [SPD]: Ich sage nur: 75 Prozent!)

Sachkenntnis würde hier nicht schaden, Frau Kollegin.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Buschmann, auch die Kollegin Hendricks würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Marco Buschmann (FDP):

Ja. Gleichbehandlung gilt für alle Kolleginnen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Dr. Hendricks, bitte.

Dr. Barbara Hendricks (SPD):

Herr Kollege Buschmann, bitte erlauben Sie mir, dass ich traurig an die Kollegin Ina Lenke erinnere, die für die FDP-Fraktion sehr lange, bis 2009, Mitglied des Deutschen Bundestages war und die entsprechenden Fähigkeiten hatte, um sich zu einem solchen Thema zu äußern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Marco Buschmann (FDP):

Ich habe die Frage nicht verstanden, Frau Kollegin; deshalb bin ich außerstande, sie zu beantworten.

(Elke Ferner [SPD]: Das war eine Zwischenbemerkung!)

Dr. Barbara Hendricks (SPD):

Es war eine Feststellung, die ich allerdings mit den Worten „bitte erlauben Sie mir“ eingeleitet habe. Sie können es mir erlauben oder auch nicht; jedenfalls habe ich an die Kollegin Lenke erinnert.

Marco Buschmann (FDP):

Möglicherweise haben Sie auch das Instrument der Zwischenfrage missbraucht.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Nein!

– Katja Mast [SPD]: Geschäftsordnung lesen!

– Elke Ferner [SPD]: Keine Ahnung!)

Ich komme zurück zum Gegenstand der Debatte. Es geht um die Lebenswirklichkeit, auf die Ihr Modell nicht passt. Sie behandeln jede Aktiengesellschaft wie ein Großunternehmen. Das zeigt, dass Sie von der Lebenswirklichkeit nicht viel verstehen. In Deutschland gibt es über 16 000 Aktiengesellschaften. Nur 800 bis 1 000 davon sind börsennotiert. Das sind die Großunternehmen, an die Sie wahrscheinlich denken, wenn Sie von den Aktiengesellschaften sprechen. Ein Großteil der übrigen Aktiengesellschaften, nämlich über 15 000, sind mittelständische und kleine Betriebe sowie Familienbetriebe. Die Mittelständler stellen Sie mit Ihrem Modell vor große Probleme, weil es undifferenziert ist.

Nehmen Sie beispielsweise die Gesellschaften, deren Vorstand zulässigerweise nur aus einer Person besteht. § 76 Aktiengesetz lässt das ausdrücklich zu. Hier führt Ihr Modell ohne jede Abstufung zu einem Einstellungsverbot für Männer.

(Christel Humme [SPD]: Lesen Sie doch mal den Antrag!

Dann kennen Sie die Antwort selber! Da steht das alles drin!)

Oder aber die Unternehmen werden gezwungen, ihre Vorstände auf zwei Personen aufzustocken. Das bedeutet eine Verdopplung der Personalkosten.

(Christel Humme [SPD]: Wenn Ihnen die Argumente ausgehen,
kommen solche Beispiele!)

Das muten Sie den Mittelständlern zu. Es ist unvernünftig und in hohem Maße mittelstandsfeindlich.

(Beifall bei der FDP)

Nehmen Sie die Familien-AGs. Wir haben eine Kultur von Familienunternehmen, in denen die Leitung auf die Nachkommen übergeht. Es kann doch nicht vom Geschlecht der Nachkommen abhängen, ob wir diese Kultur der Familienbetriebe weiter aufrechterhalten können. Es ist doch unvernünftig, eine Kultur der Familienbetriebe durch ein so undifferenziertes Modell zu gefährden.

(Elke Ferner [SPD]: Kein Argument ist zu doof!

- Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind undifferenziert!)

Das sieht übrigens auch Ihre Vorbildnation Norwegen so. Sie tun immer so, als hätten Sie das Modell aus Norwegen übernommen und als wären Sie sozusagen die legitimen Vertreter der Erfolgsmodelle dort. In Norwegen hat man gerade nicht eine pauschale 40-Prozent-Quote eingeführt. In Norwegen greift die 40-Prozent-Quote überhaupt erst bei Leitungsorganen, die neun oder mehr Mitglieder haben. Bei kleineren Gremien hat man dort eine differenziertere Lösung.

(Christel Humme [SPD]: Das können Sie doch machen!)

Sie kennen offensichtlich noch nicht einmal die Rechtslage, die dort gilt. Ihr Modell ist also nicht einmal in den Augen Ihrer Vorbilder tauglich; denn die Praktiker, auf die Sie sich berufen, machen es anders, als Sie es vorschlagen.

(Elke Ferner [SPD]: Sie wollen noch nicht einmal das norwegische Modell!)

Ich verschweige aber natürlich nicht, dass wir nicht nur gegen Ihr spezielles Modell Vorbehalte haben,

(Zurufe von der SPD: Aha!)

sondern

(Elke Ferner [SPD]: Überhaupt gegen Frauen sind!)

dass wir als FDP-Fraktion jedwedes Quotenmodell ablehnen;

(Ekin Deligöz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch in Ihrer Partei!)

das habe ich schon zu verschiedenen Anlässen hier im Parlament deutlich gemacht. Wir haben bereits über die Kollateralschäden in Norwegen gesprochen,

(Elke Ferner [SPD]: Kollateralschäden! Ich glaube, der steht hier gerade vor uns!)

wie Rechtsformwechsel und Delistings. Wir haben auch schon über die neuen Diskriminierungen in Norwegen gesprochen, über das Thema Goldröcke.

Da mir niemand vorwerfen soll, dass ich Sie mit den immer gleichen Argumenten langweile, möchte ich ein neues in die Debatte einbringen, nämlich die empirisch belegte Untauglichkeit des Instruments.

(Christel Humme [SPD]: Welches?)

Die Befürworter behaupten stets, dass die Zwangsquotierung der Leitungsorgane Strahlungswirkung auf die Führungspositionen darunter entfalten würde und dass so insgesamt Frauen in Führungspositionen gestärkt würden.

(Christel Humme [SPD]: So sollte es sein!)

Diese Hoffnung ist mittlerweile empirisch widerlegt, und zwar gerade in Norwegen.

(Christel Humme [SPD]: In der Bundesregierung ist das richtig!

Da sind Frauen nicht gerade förderlich!)

Die Soziologin Catherine Hakim von der London School of Economics hat dazu Folgendes publiziert – das möchte ich Ihnen zitieren –:

Norwegens 40-Prozent-Quote hat überhaupt garkeinen Einfluss auf den Frauenanteil in den leitenden Positionen dieser Firmen gehabt.

Der „Erfolg“ dieser Maßnahme ist reinweg symbolisch.

Tatsächlich zeigt Frau Hakim, dass der Anteil von Frauen in den nicht geschäftsführenden Führungspositionen in Norwegen sogar niedriger ist als überall sonst in Europa. Selbst in Deutschland stehen wir in diesen Bereichen besser da. Eine Vorstandsvorsitzende sucht man in Norwegen übrigens vergebens, anders als etwa in Deutschland. In Deutschland gehen wir einen intelligenteren Weg.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Diese Bundesregierung hat eine Änderung des Corporate Governance Kodex im Jahr 2010 herbeigeführt. Zu behaupten, dass das nicht sanktioniert sei, zeigt, dass Sie den Comply-or-explain-Mechanismus des Corporate Governance Kodex überhaupt nicht verstanden haben. Natürlich hat das Sanktionswirkungen. Das sehen Sie auch bei den Unternehmen. Die Justizministerin nimmt die Wirtschaft in die Pflicht. Mittlerweile gibt es entsprechende Programme etwa bei Telekom, Eon, Karstadt oder Daimler.

Im Übrigen wissen wir, dass andere Themen für gleiche Karrierechancen viel entscheidender sind. Ich habe bereits in den letzten Wochen auf das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hingewiesen.

(Dr. Eva Högl [SPD]: Das ist Quatsch!)

Beim letzten Mal habe ich Ihnen aus dem Plädoyer von Daniela Weber-Ray, einer extrem erfolgreichen Frau, zitiert, die für eine Kultur aus Kindern, Krippe und Karriere wirbt.

(Elke Ferner [SPD]: Deshalb brauchen Sie Betreuungsgeld!)

Heute möchte ich mit dem Ergebnis einer Untersuchung von Frau Professor Dr. Renate Köcher schließen. Das Ergebnis ihrer Untersuchung zum Thema „gleiche Karrierechancen“ lautet:

Das Problem ... ist, dass die Berufstätigkeit von Müttern stigmatisiert wird.

Wir brauchen eher eine kulturelle Revolution in den Köpfen,
als dass wir Quoten brauchen.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- Elke Ferner [SPD]: Dann fangen wir bei Ihrem Kopf an, Herr Kollege